

14 12
B 249
74
Signatur:

Datum: 22. Nov. 1921

Jüdische Rundschau (Berlin) 8.93

T Die palästinensische Staatsbürgerschaft n)

N Jerusalem, 15. Nov. (J. C. B.) Bis unlängst wurden von der palästinensischen Regierung „Laisser Passers“ ausgestellt, in denen in der Rubrik Staatsbürgerschaft „palästinensisch“ eingesetzt werden soll. Die Konsulate lehnten jedoch die Vidierung solcher „Laisser Passers“ ab. Die Regierung bemüht sich daher um die Anerkennung der palästinensischen Staatsbürgerschaft, trotzdem das Mandat noch nicht ratifiziert ist. Offiziell wird bekanntgegeben, daß in Palästina geborene Personen oder solche, deren Väter in Palästina geboren wurden, beziehungsweise jene in Palästina domizilierten Personen, die die Erklärung abgeben, daß sie, sobald ihnen die Möglichkeit hierzu gegeben wird, die palästinensische Staatsbürgerschaft erwerben wollen, in Zukunft als Palästinenser in ihren „Laisser Passers“ bezeichnet werden sollen. Dies ist jedoch eine provisorische Maßnahme und präjudiziert keinesfalls irgendwelche Bestimmungen eines in Zukunft zu erlassenden speziellen Gesetzes über die Staatsbürgerschaft in Palästina.

604/26

Zentralstelle des
Hamburgischen Kolonialinstituts.

Signatur:

B249

12

14

Datum: 29 Nov.

1941

Jüdische Rundschau (Berlin)

195.

T Die palästinensische Staatsbürgerschaft (n)

N Jerusalem, 23. November. (J.C.B.) In der zwölften Sitzung des Advisory Council (Staatsrat) erklärte der High Commissioner, daß die Verfassung für Palästina die Form eines Erlasses des Rates haben werde. Gleichzeitig werde ein besonderes Gesetz über die Staatsbürgerschaft erlassen werden. Der Erlaß des Rates wendet die Bestimmung des Vertrages von Sévres an, demzufolge sämtliche ottomanischen Untertanen, die ständig in Palästina wohnen, sogleich palästinensische Staatsbürger werden. Gemäß dem Verträge können Juden fremder Staatszugehörigkeit, die zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages ihren ständigen Wohnsitz in Palästina haben, die palästinensische Staatsbürgerschaft erwerben, wenn sie innerhalb eines Jahres ihren Wunsch, für die palästinensische Staatsbürgerschaft zu optieren, erklären. Außerdem könne die palästinensische Staatsbürgerschaft durch Naturalisierung erworben werden. Das Gesetz bestimmt, daß der High Commissioner Naturalisierungszertifikate unter folgenden Bedingungen verleihen kann: 1. Die in Betracht kommende Person muß zumindest zwei Jahre vor der Abgabe der Erklärung in Palästina gewohnt haben. 2. Unbescholtener Charakter des Bewerbers und entsprechende Kenntnis des Arabischen, Hebräischen oder Englischen. 3. Die Absicht des Bewerbers, in Palästina zu wohnen.

512
Signatur: B24^a f4

Datum: 10 Okt. 1922

Jüdische Rundschau (Berlin)

~~The Colonial Journal~~ (London)

Nr. 80.

vom

191

**2000 jüdische Gesuche um das palästinensische
Bürgerrecht**

Jerusalem. (J. C. B.) Wie der J. C. B.-Vertreter in Jerusalem erfährt, sind bis 1. Oktober 2000 Gesuche von Juden Palästinas um die Verleihung des palästinensischen Bürgerrechtes eingelaufen.

In diese Zahl sind solche Juden nicht mitgerechnet, welche ottomanische Untertanen waren und somit die palästinensische Bürgerschaft automatisch erlangen, ohne ein formelles Gesuch einreichen zu müssen.

Gesuche um Erlangung der Bürgerschaft werden noch den ganzen Oktober entgegengenommen. Das von der Regierung zu Beginn des Septembers veröffentlichte diesbezügliche Dekret gab einen Termin von zwei Monaten zur Einreichung von Gesuchen wegen Verleihung des Bürgerrechtes an.

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

1.

Nr.

Gegen 4000 Juden in Palästina eingebürgert.

Laut dem offiziellen Regierungsbericht wurden auf Grund der Einbürgerungs-Verordnung seit deren Erlass bis zum 31. Oktober 1922 Einbürgerungszeugnisse ausgestellt, die, wenn man die Frauen und unter 18 Jahre alten Kinder, die zugleich mit dem Familienhaupte die palästinensische Staatsbürgerschaft erlangt haben, mitzählt, insgesamt 37 997 Personen betreffen, darunter 91 Christen, 11 Mohammedaner und der Rest Juden. Die Eingebürgerten waren Angehörige 41 verschiedener Staaten. (Ziko)

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

Nr. *9*

Palästinensisches Bürgerrecht.

Ueber die Möglichkeit der Erlangung des ~~palästinensischen~~ Bürgerrechts wird aus Palästina berichtet:

Niemand kann vorläufig das palästinensische Bürgerrecht erlangen, da bis jetzt noch kein Staatsbürgerschafts-Gesetz herausgekommen ist. Die palästinensische Regierung ist indessen ermächtigt, provisorische Zeugnisse für palästinensische Nationalität zu gewähren, und zwar in folgenden zwei Fällen:

1. Wenn Personen, die ihren Wohnsitz in Palästina haben, gemäss den Wahlbestimmungen für den Palestine Legislative Council eine Erklärung abgegeben haben, dass sie für die palästinensische Nationalität optieren.

2. Wenn eine Person, die in Palästina geboren ist oder von palästinensischen Eltern stammt, eine dahingehende Deklaration abgibt, dass sie für palästinensische Nationalität optiert und dauernd in Palästina zu wohnen beabsichtigt.

Im zweiten Falle kann die Deklaration auch von einer in Palästina gebürtigen, aber ausserhalb Palästinas wohnenden Person abgegeben werden. Der britische Consul, dem diese Deklaration abzugeben ist, übergibt den Fall dem Direktor of Immigration and Travel in Jerusalem. Wenn dieser die drei folgenden Bedingungen erfüllt sieht, wird das Provisorische Zeugnis gewährt. Diese Bedingungen sind:

- 1.) Gebürtig in Palästina und gegenwärtig ottomnischer Nationalität,
- 2.) Option für das palästinensische Bürgerrecht,
- 3.) Nachweis der Absicht eines dauernden Wohnsitzes in Palästina.

(Ziko)

Jüdische Rundschau (Berlin)

Nr. 93

Zum palästinensischen Bürgerschaftsgesetz

Jerusalem, 17. November. (J.T.A.) Amtlich wird mitgeteilt:

1. Gemäß Artikel 1 der Order in Council betreffend die palästinensische Bürgerschaft sind alle früheren Untertanen des ottomanischen Reiches, die am 1. August 1925 ihren ständigen Wohnsitz in Palästina hatten, jetzt Bürger Palästinas.

2. Als Ottomanen gelten Personen, die im Besitze amtlicher türkischer Staatszugehörigkeitsdokumente sind, wie z. B. eines Geburtsscheines, Reisepasses oder Militärscheines.

3. Provisorische Reisezertifikate der Palästina-Behörde, ottomanische Bürgerschaftszertifikate, ausgestellt von Gemeindeorganen, werden nicht als Nachweis früherer ottomanischer Staatszugehörigkeit anerkannt. Andere dokumentarische Nachweise werden von der Permits Section geprüft werden.

4. Die Gattin eines früheren ottomanischen Staatsangehörigen, sowie die nach Erwerb der Staatszugehörigkeit geborenen Kinder werden als Ottomanen anerkannt.

5. Kinder ausländischer Eltern, die im Territorium des früheren ottomanischen Reiches nach 1. Januar 1900 geboren wurden, werden als Ottomanen anerkannt, wenn sie innerhalb dreier Jahre nach der Volljährigkeit ihre Option anmelden.

6. Personen, die Angehörige eines der alliierten Länder gewesen waren und zwischen 1. Januar 1916 und 28. Oktober 1916 im ottomanischen Reiche gewohnt haben, werden als Ottomanen.

7. Als Angehörige des ottomanischen Reiches werden Personen anerkannt, die ein auf ihren Namen laufendes Dokument der türkischen Regierung oder einer Gemeinde besitzen, in welchem bezeugt wird, daß sie in der oben erwähnten Zeitperiode im Territorium des ottomanischen Reiches gewohnt haben; fehlt ein solches Dokument, so genügt es, wenn zwei Zeugen guten Rufes, die den Bittsteller kennen, seine Angaben bestätigen.

8. Zertifikate von Gemeindebehörden über einen Aufenthalt in der erwähnten Zeit müssen basieren auf Registern, Handelsdokumenten oder auch privaten Dokumenten.

9. Personen früherer ottomanischer Staatszugehörigkeit, die auf Grund des Artikels 1 der Verordnung palästinensische Staatsangehörige werden wollen, müssen nachweisen, daß sie am 1. August 1925 ihren ständigen Wohnsitz in Palästina hatten. Bedingung hierzu ist: a) Die physische Anwesenheit in Palästina in einem Zeitraum von mindestens zwei Jahren zwischen 1. August 1922 und 1. August 1925; oder b) die Führung eines Haushalts durch den Bittsteller oder seine Gattin in Palästina in der genannten Periode; oder c) bei unverheirateten Bittstellern unter 25 Jahren die Zugehörigkeit zum Haushalt der Eltern in Palästina während der genannten Periode; oder d) bei Personen, die krankheitshalber Palästina verlassen mußten, die physische Anwesenheit in Palästina mindestens in den sechs Monaten vor dem 1. August 1925.

Palästina-Pässe für Auslandsreisen

10. Frühere ottomanische Staatsangehörige, die auf Grund des Artikels 1 der Order in Council Palästinenser geworden sind, sind der Pflicht enthoben, um Bürgerschaftszertifikate

zu ersuchen. Wollen sie außerhalb Palästinas reisen, so werden ihnen Palästina-Pässe ausgefolgt.

11. Personen, deren Anspruch auf palästinensische Staatszugehörigkeit zweifelhaft ist, ist zu raten, daß sie sich an die Permits Section oder an das zuständige Distriktsamt schriftlich mit der Bitte wenden, daß über ihre Staatszugehörigkeit ein Beschluß herbeigeführt wird. Sonst müssen sie gewärtig sein, daß die Erfüllung ihres Anspruchs auf einen Auslandspaß sich verzögert.

12. Personen, die weder ihre ottomanische Staatszugehörigkeit, noch einen ständigen Wohnsitz laut Artikel 1 nachweisen können, ist die Möglichkeit geboten, laut Artikel 5 oder 7 der Order in Council um Naturalisation zu ersuchen.

Fremde Staatsbürgerschaft

1. Es wird die Aufmerksamkeit auf die Abschnitte 2 und 3 des Artikels 1 der Order in Council gelenkt, wonach alle früheren ottomanischen Bürger, die am 1. August 1925 ihren ständigen Wohnsitz in Palästina hatten, automatisch Palästinenser werden. Diejenigen aber, die ihre ottomanische Staatszugehörigkeit behalten oder eine andere Staatszugehörigkeit erwerben wollen, müssen diesbezüglich bis 6. August 1926 optieren. 2. Solche Gesuchsteller haben sich persönlich oder schriftlich an die Permits Section in Jerusalem zu wenden. 3. Gleichzeitig mit dem Optionsgesuch ist ein Betrag von PT. 15 zu entrichten. 4. Eine solche Option wird nur entgegengenommen, wenn der Gesuchsteller das 18. Lebensjahr überschritten hat. 5. Wer auf eine andere als die türkische Bürgerschaft optieren will, ist folgenden Bedingungen unterworfen: a) Wer zur Majorität des palästinensischen Volkes gehört (Araber), besitzt kein solches Optionsrecht; b) ein Angehöriger einer Volksminorität (z. B. ein Grieche) kann nur für die Bürgerschaft eines Staates optieren, in welchem seine Rasse die Majorität besitzt (d. h. für Griechenland); c) wer auf eine andere als die türkische Staatszugehörigkeit optiert, muß seinem Gesuch eine schriftliche Bewilligung desjenigen Staates für den er optiert, beilegen.

Die Naturalisation

Personen, die Palästinenser werden wollen, müssen nachweisen, daß sie am 1. August 1925 dauernd in Palästina wohnhaft waren. Unter „dauernd wohnhaft in Palästina“ wird tatsächliche Anwesenheit im Lande für mindestens drei Jahre zwischen dem 1. August 1922 und dem 1. August 1925 verstanden; ferner der Unterhalt eines Haushaltes in Palästina durch den Antragsteller oder seine Frau während dieses ganzen Zeitraumes; bei unverheirateten Antragstellern unter 25 Jahren der Unterhalt eines Haushaltes in Palästina durch ihre Eltern während der ganzen Dauer dieses Zeitraumes. In Fällen, wo Personen aus Gesundheitsrücksichten Palästina verlassen mußten, wird tatsächlicher Aufenthalt im Lande während mindestens sechs Monaten vor August 1925 verlangt.

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

Nr.

2.

Der erste Bürger Palästinas.

Auf Grund der neuen Naturalisationsbestimmungen wird jetzt in Palästina die Einbürgerung durchgeführt. Das Einbürgerungszertifikat Nr. 1 hat Ing. Rutenberg erhalten. (Ziko)

Jüdische Rundschau (Berlin)

Nr. 24 - 25

Die Einbürgerung

Von unserem palästinensischen Korrespondenten.

A. G. Jerusalem, den 17. März 1926.

Vor mehr als einem halben Jahre erschien in Palästina das Einbürgerungsgesetz, auf das man im Lande bereits seit langem gewartet hatte. Der Text des Erlasses befriedigte nicht die Erwartungen, die die palästinensische Judenheit an diesen Akt geknüpft hatte. Die Prozedur der Einbürgerung ist umständlich, so daß allen Laien des Götzen der Bürokratie voller Spielraum gelassen ist. Insbesondere ist es sehr unliebsam aufgefallen, daß diejenigen, die sich bereits im Jahre 1922 provisorisch eingebürgert haben, keine andere Erleichterung bei der endgültigen Annahme des palästinensischen Passes zugebilligt erhalten als die, in erster Reihe heranzukommen. Der ganze ermüdende und langweilige Instanzenweg, der schon vor vier Jahren durchmessen worden ist, muß noch einmal zurückgelegt werden und eine ganze Kollektion von Dokumenten ist vorzulegen, von denen der Durchschnittsmensch, wenn es gut geht, gerade die Hälfte noch in seinem Besitz hat. Waren so die Bestimmungen an sich geeignet, Schwierigkeiten zu machen, so kommen noch andere retardierende Momente hinzu. Z. B. besaß Tel-Awiw bis vor ein paar Tagen noch kein Einbürgerungsbüro, während bereits die kleinsten Flecken im Lande mit einem solchen Amt versehen waren, wo es doch klar sein mußte, daß eben Tel-Awiw die größte Zahl der „Einbürgerungslustigen“ stellen würde. Nach und nach scheint sich jedoch die Maschine in Gang zu setzen.

Die Annahme der palästinensischen Staatsbürgerschaft ist für die Jüdenschaft Palästinas von politischer Bedeutung ersten Ranges. Erst der palästinensische Paß macht uns zu vollgültigen und vollwertigen Staatsbürgern. Trotz aller Dienste, die der Jude in Stadt und Land dem palästinensischen Staate leistet, bleibt er ein Ausländer, so lange er der Untertan irgendeines fremden Reiches ist. Bisher hat man das in Palästina nicht so recht empfunden. Es steht jedoch außer allem Zweifel, daß sich mit der Konsolidierung der Verhältnisse im Lande so manches in dieser Beziehung ändern wird, wenn diese Aenderung auch nur sehr langsam und schrittweise vor sich gehen wird. Sollte etwa der

„gesetzgebende Rat“ (Mezazeh Mechozaket) in nächster Zeit wirklich zustande kommen, so wird das Wahlrecht natürlich nur palästinensischen Bürgern zustehen. Und es bedarf weiter keiner Beweise, daß gerade, wenn der Bevölkerung ein gewisses Mitbestimmungsrecht in öffentlichen Angelegenheiten gewährt wird, wir lebhaft daran interessiert sind, daß jeder Jude, der im Lande lebt, auch dessen Staatsbürgerschaft annimmt.

Außer diesen realen Faktoren bedeutet die palästinensische Staatsbürgerschaft für den Juden noch etwas anderes, daß man nicht an greifbaren Vorteilen meassen kann. Der palästinensische Paß ist für den Juden das Siegel für seinen Uebergang zur Normalität, das Dokument seiner Selbsthaftmachung, der äußere Beleg dafür, daß es mit seiner Wanderschaft von Land zu Land, mit seinem Zu-Oast-sein unter allen möglichen Völkern der Erde endlich ein Ende haben soll. Wir haben in der zionistischen Bewegung gelernt, solche „Sentimentalitäten“ richtig zu würdigen und wissen sehr gut, wieviel von diesen Imponderabilien abhängt. Es ist bezeichnend, daß die erste Einbürgerungsbewegung vor vier Jahren in Palästina unter den Juden zu ungewöhnlichen Begeisterungsausbrüchen führte, daß man es sich zur Ehre rechnete, bereits den Weg zur Behörde gemacht zu haben. Diesmal ist eine gewisse Mattigkeit und Kühle unter den Juden zu spüren. Eine Oegnerschaft besteht nicht, obwohl es auch eine gibt, die aus irgendwelchen äußeren Vorteilen oder einer sentimentalen Anhänglichkeit an ihre Ausgangsländer sich sträuben, ihr altes Legitimationspapier aufzugeben. Die große Masse aber regt sich nicht. Und die Presse, die seit Wochen Artikel über das Einbürgerungsgesetz bringt und die Juden auffordert, ihm zu folgen, hat bisher den rechten Ton noch nicht finden können. Sie muß erst von einer beginnenden Bewegung getragen sein, ehe sie mit einer wirksamen und erweckenden Propaganda einsetzen kann. Auch in dieser Sache wie bei so manchen Lösungen wird Tel-Awiw den anderen Orten vorausgehen müssen, weil dort das öffentliche Leben am intensivsten ist und sich dort die größte Anzahl von Juden befindet, die vor der Einbürgerung stehen. Und dort wird auch die schwerste Arbeit zu leisten sein, weil sich hier die neuen Einwanderer stauen, die allen öffentlichen Aktionen gleichgültiger palästinensische Jischuw hat schon schwerere Aufgaben zu lösen gewußt.

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

Nr. 19

Ein Kommentar zum palästinensischen Staatsbürgerschaftsgesetz.

Im Verlag "Achiewer" in Jerusalem erschien soeben in hebräischer Sprache eine für populäre Zwecke kommentierte Textausgabe des palästinensischen Staatsbürgerschaftsgesetzes. Der Verfasser des Kommentars ist der frühere Völkerrechtslehrer an der Universität Odessa, Mordechai Rosenthal-Ben Schalom. Als Anhang ist dem Gesetz eine Sammlung von Formularen für die Einreichung der Anträge auf Erteilung der palästinensischen Staatsbürgerschaft beigelegt. (Ziko)

Jüdische Rundschau (Berlin)

Nr.

56

Das Staatsbürgerschaftsgesetz

Jerusalem, 15. Juli. (J. T. A.) Die Palästina-Regierung hat die Vorschläge der zionistischen Exekutive in Palästina, die darauf zielen, daß den Juden Erleichterungen bei Erwerbung der palästinensischen Staatsbürgerschaft gewährt werden, ablehnend beantwortet.

Die Exekutive sah sich zu diesen Vorschlägen veranlaßt durch einen Bericht des Waad Leumi, in welchen dargelegt wurde, daß die dreimonatige Praxis in der Angelegenheit der Erwerbung der Staatsbürgerrechte große Schwierigkeiten aufgezeigt hat, die überwunden werden müssen. In dem Memorandum des Waad Leumi werden diese Schwierigkeiten im einzelnen charakterisiert und insbesondere auf die hohen Kosten bei der Erwerbung der Staatsbürgerschaft hingewiesen, sowie auf das Recht des Oberkommissars, Naturalisationsgesuche aus eigener Machtbefugnis und ohne Angabe von Gründen abzulehnen, ein Recht, von dem der Oberkommissar nicht selten Gebrauch macht.

London, 15. Juli. (J. T. A.) Im Unterhause fragte Sir Gerald Strickland den Minister des Innern, ob Personen, die sich in Palästina dauernd niedergelassen hatten, bei ihrer Rückkehr nach England noch die Rechte eines britischen Staatsbürgers genießen. Captain Hacking erwiderte im Namen der Regierung, daß die staatsbürgerlichen Rechte durch den Aufenthalt in Palästina und die spätere Rückkehr nach England unberührt bleiben.

Oberstleutnant Kenworthy wiederholte seine Anfrage bezüglich der 140 Palästinawanderer aus Mesopotamien, die in Bagdad festgehalten und dadurch dem wirtschaftlichen Ruin zugeführt werden. Weshalb wird diesen Leuten die Erlaubnis zur Weiterfahrt und zur Einreise nach Palästina verweigert?

Kolonienminister Amery erwiderte: Ich habe schon am 5. Juli, darüber eine Anfrage nach Bagdad gerichtet, es ist jedoch bis heute kein Bericht eingelaufen.

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

Nr. 29

Ablehnung der jüdischen Vorschläge für Erleichterung der Einbürgerung
von Juden in Palästina.

Wie die ITA meldet, hat die Palästina-Regierung die Vorschläge der Zionistischen Exekutive in Palästina über Gewährung von Erleichterungen bei Erwerbung der palästinensischen Staatsbürgerschaft durch Juden ablehnend beantwortet. Die Exekutive hatte diese Vorschläge auf Grund eines Berichtes des Waad Leumi gemacht, in dem dargelegt wurde, dass die dreimonatige Praxis in der Frage der Erwerbung der Staatsbürgerrechte grosse Schwierigkeiten aufgezeigt habe, die überwunden werden müssten. Der Bericht des Waad Leumi hatte insbesondere auf die hohen Kosten bei der Erwerbung der Staatsbürgerschaft sowie auf das Recht des Oberkommissars, Naturalisationsgesuche aus eigener Machtbefugnis und ohne Angabe von Gründen abzulehnen, hingewiesen. (Ziko)

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

= 37 =
Nr.

Erleichterung der Einbürgerung in Palästina.

Wir berichteten bereits in Nr.35 von Erleichterungen beim Erwerb der palästinensischen Staatsbürgerschaft. So wird nach einer neuen Entscheidung der palästinensischen Regierung vom 25. August die Einbürgerung derjenigen Personen, die im Jahre 1922 für die palästinensische Staatsbürgerschaft optiert haben, wesentlich erleichtert, indem diese in Zukunft lediglich die Optionserklärung vom Jahre 1922 nachzuweisen haben, aber nicht mehr das provisorische Zertifikat beibringen müssen, wie es bis jetzt vorgeschrieben war.

Des weiteren erhalten Juden, die in der britischen Armee in einem der jüdischen Bataillone gedient haben und jetzt in Palästina leben und die palästinensische Bürgerschaft erlangen wollen, nach den neuen Instruktionen des High Commissioner ihre Naturalisationszertifikate gebührenfrei ausgestellt.

(Ziko)

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

Nr. 41

Auslandsaraber und die palästinensische Staatsbürgerschaft.

Wie "Jewish Chronicle" berichtet, haben in Honduras wohnende palästinensische Araber, denen die Ausweisung drohte, sich an die palästinensische Regierung um Schutz gewandt. Sie erhielten jedoch die Antwort, sie müssten zuerst die palästinensische Staatsbürgerschaft nach der neuen Verordnung erwerben, ehe sie auf britischen Schutz Anspruch erheben könnten.

(Ziko)

BH 4a 14. 12.
5. März 1929⁹²

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

Nr.

10

DER PROZESS UM DIE ZUERKENNUNG DER PALAESTINENSISCHEN
STAATSANGEHOERIGKEIT

Die Klage eines Einwohners von Haifa gegen die Regierung wegen Verweigerung der palaestinensischen Staatsangehoerigkeit wurde vor einigen Tagen vor dem Obersten Gericht zur Entscheidung gebracht. Die Klage wurde mit der Begrueundung zurueckgewiesen, dass nach dem Gesetz der staendige Wohnsitz in Palaestina Voraussetzung der Erteilung der palaestinensischen Staatsangehoerigkeit sei. Da mit der Erteilung des Buengerrechtes an den Mann zugleich auch die Frau palaestinensische Staatsangehoerige wird, gelten fuer sie die gleichen gesetzlichen Voraussetzungen. Die palaestinensische Staatsangehoerigkeit konnte daher nach der Entscheidung des Gerichtes in diesem Falle nicht verliehen werden, da die Ehefrau des Potenten inzwischen fuer laengere Zeit Palaestina verlassen hatte.

(Ziko)

Jüdische Rundschau (Berlin)

11
Nr.

Fragen der Staatsbürgerschaft

London, 30. Januar. (J. T. A.) Im Unterhaus fragte Colonel Howard Bury den Unterstaatssekretär für die Kolonien, ob ihm bekannt sei, daß zahlreichen aus Palästina stammenden Arabern, die nach dem Kriege mit türkischen Pässen nach den Vereinigten Staaten ausgewandert sind, die Erlaubnis zur Rückkehr nach Palästina oder die Erteilung der palästinensischen Staatsbürgerschaft verweigert worden ist, und ob er darauf achten wolle, daß diesen Arabern gegenüber in Zukunft in gleicher Weise verfahren werde, wie gegenüber den Juden, die in das Land zurückzukehren und die palästinensische Staatsbürgerschaft zu erwerben wünschen. Der Unterstaatssekretär Dr. Shiels sagte in seiner Antwort, daß viele Gesuche um Zuerkennung der palästinensischen Staatsbürgerschaft von gebürtigen Palästinensern, die im Auslande wohnen und türkische Staatsbürgerschaft besitzen, eingegangen sind. In den Fällen, wo die Bewerbungen abgewiesen worden sind, kann durch die Gesuchsteller die Naturalisation in der Weise bewirkt werden, daß sie nach Palästina zurückkehren und dort zwei Jahre lang wohnen. Visen zur Reise nach Palästina werden an gebürtige Palästinenser, die noch die türkische Staatsbürgerschaft besitzen und in das Land zurückzukehren wünschen, kostenlos erteilt, wenn die Bewerber den Nachweis führen können, daß sie in Palästina geboren und noch im Besitz der türkischen Staatsbürgerschaft sind.

112
B 240
25. März 1930

192

Zionistische Korrespondenz (Berlin)

— 12 —
Nr.

Die Einbuengerung in Palaestina im Jahre 1929.

Im Laufe des Jahres 1929 wurden 5002 Gesuche um die Erlangung der palaestinensischen Staatsangehörigkeit bei den palaestinensischen Behoerden eingereicht. Gegenueber dem Vorjahre, in dem 3455 Gesuche einliefen, ist eine starke Zunahme der Gesuche, insbesondere der Antraege, die bereits im Jahre 1922 eingereicht wurden, festzustellen.
(Ziko)

112
7249 f4
Signatur

Datum Okt. 1935

Oriente Moderno (Rom)

No. 10

Campagna per la naturalizzazione degli Ebrei immigrati. — I. Ben Zvi, presidente del Consiglio Nazionale degli Ebrei palestinesi, intende iniziare il 15 settembre una campagna per indurre gli Ebrei domiciliati in Palestina, che ancora conservano la cittadinanza dei paesi di origine, ad assumere la cittadinanza palestinese. La campagna, cui si associeranno i Consigli della Comunità ebraica a Gerusalemme, durerà sei settimane.

Il Ben Zvi dichiarò alla stampa che, secondo il censimento del 1931, su 174.610 Ebrei domiciliati in Palestina, 100 mila erano cittadini palestinesi e ottomila avevano fatto domanda di naturalizzazione; i naturalizzati cioè erano allora i due terzi. Oggi invece sono naturalizzati soltanto 130 mila Ebrei, pari ad un terzo della popolazione ebraica e dall'agosto del 1934 si sono naturalizzati solamente 1.262 Ebrei.

Poichè un recente decreto del Governo palestinese ha abolito i privilegi degli stranieri, gli Ebrei domiciliati in Palestina non hanno alcun interesse a conservare la nazionalità del paese di origine. (Palestine Post, 11-9-1935).

V. V.

3. APR. 1937

Eildienst
für Außenhandel und Auslandswirtschaft (Berlin)

Nr. 75 - - -

jetzt: Nachrichten für Außenhandel

Palästina — Einbürgerungen Januar bis November 1936
fr. Jerusalem — In den ersten 11 Monaten 1936 sind in
Palästina insgesamt 8769 (davon 8607 Juden) eingebürgert
worden. Von ihnen besaßen 1213 (davon 1212 Juden) früher
die deutsche Staatsangehörigkeit.
Die in der Meldung der Nr. 24 vom 30. 1. 37 zuletzt ge-
nannten Zahlen sind in diesem Sinne zu berichtigen.

Signatur

B 24 14/12

Datum

22. JUL 1937

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 165

Palästina — Einbürgerungen

fr. Jerusalem — Die Voraussetzungen der Einbürgerung in Palästina sind zweijähriger (befugter) Aufenthalt im Lande innerhalb der letzten 3 Jahre, einwandfreier Charakter und die Absicht des Antragstellers auf ständige Niederlassung in Palästina. Die Einbürgerungen stellten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	Einbürgerungen	
	beantragt	gewährt
insgesamt	39 597	34 647
1925—1929	20 168	15 551
1930—1934	7 978	8 161
1935	6 007	5 994
1936	5 444	4 941

Die 4941 Einbürgerungen des Jahres 1936 gliedern sich wie folgt auf:

frühere Staats- angehörigkeit	Zahl	Juden		andere
		% d. eingeb. Jud.	Zahl	
insgesamt	4 847	100	94	
polnisch	1 965	41		
russisch	416	9		
rumänisch	352	7		
deutsch	652	13		
andere	826	17	47	
staatenlos	636	13		
türkisch				26
ägyptisch				—
syrisch				21

Dazu wird amtlich mitgeteilt, daß die Zahl der Einbürgerungsanwärter, die früher die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, im Jahre 1936 beträchtlich zugenommen hat.

Signatur

B 24 a 74 km 12

Datum

20. Nov. 1937

Le Temps (Paris)

Nr. 27831

L'immigration et les naturalisations

Le nombre des naturalisations des immigrés en Palestine a doublé depuis l'année précédente, passant de 6,500 à 13,000. Ce résultat serait dû à la propagande faite par le conseil national juif.

Signatur

Datum

14. April 1938

Kölnische Zeitung
Nr. 187/88

„Bürger Palästinas“
Von unserm HR-Vertreter

London, 13. April.

Im Unterhaus gab es heute bei einer Abstimmung Stimmengleichheit, ein Ereignis, dessen sich die ältesten Mitglieder des Hauses nicht erinnern können. Der konservative Abgeordnete Norvellenkapitän Loder-Pamson hatte um die Erlaubnis nachgesucht, einen Gesetzentwurf einzubringen, der Juden in andern Ländern als Palästina das Recht geben soll, sich Bürger Palästinas zu nennen und sich als unter dem Mandat geschützte Bürger zu betrachten. Der Sprecher des Hauses, der bei Stimmengleichheit den Ausschlag gibt, gab seine Stimme zugunsten des Antrags ab, so daß der Gesetzentwurf seine erste Befugung erhalten konnte.

112
14
Signatur *B24a*

Datum 19. Apr. 1938

The Times (London)

Nr. 47972

PALESTINE CITIZENSHIP
FOR JEWS

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—As a gesture, an expression of sympathy with the Jewish sufferers from Nazi oppression, the votes of the 144 members of the House of Commons last night in favour of the extension to them of Palestinian citizenship—incidentally the Palestine Nationality Law was enacted by Order in Council, and can presumably be amended only by a similar instrument—are to be received with gratitude, but those who would be affected in the improbable, practically impossible, event of the measure becoming law must not be led to anticipate in consequence an improvement in their lot. Despite the intention the effect of the gesture on both Arabs and Jews can only be unfortunate, unless it is made clear at once that the vote was only a gesture. Otherwise among the Jews of Central Europe hopes that can never be realized will be aroused: the Arabs will see in the proposal yet another threat, and the fear and suspicion of which they are unfortunately possessed will be increased. Yours obediently,

ALBERT M. HYAMSON
32, Teignmouth Road, N.W.2, April 15.

Signatur

B 349 84 B 12

Datum

4. Juli 1938

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 152

Palästina — Einbürgerungen

fr. Jerusalem — 1937 stellten 12 194 Personen Anträge auf Einbürgerung in Palästina, von denen 9925 bewilligt wurden. Diese Ziffer ist die höchste, die bisher erreicht wurde. Die eingebürgerten Personen waren fast sämtlich Juden. — Im bisherigen Verlauf von 1938 stieg die Einbürgerungskurve weiter an: es wurden 5982 gegenüber 3548 Personen in den ersten vier Monaten 1938 bzw. 1937 eingebürgert.